

BGA-Ausschuss Steuern und Finanzen: Politik vor erheblichen Herausforderungen

Die Unternehmen sehen sich mit vielfältigen rechtlichen Anforderungen und Änderungen konfrontiert: Ob die angekündigten Steuerreformen in den USA und in Großbritannien zur Verbesserung der einheimischen Wettbewerbsfähigkeit, die künftige Ausgestaltung umsatzsteuerlicher Regelungen für innergemeinschaftliche Lieferungen, oder aktuelle Initiativen zur Eindämmung von steuerlichen Gestaltungen oder zu erwartende Reformen etwa bei der Grundsteuer. Dies alles macht es aus Sicht des BGA-Ausschusses Steuern und Finanzen erforderlich, sich frühzeitig im Interesse der vielen Unternehmen der Wirtschaftsstufe und insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen einzubringen und strategisch nach vorn zu denken. Der BGA-Ausschuss hatte sich für seine Sitzung in der Landesvertretung des Freistaates Thüringen eine ambitionierte Agenda gesetzt. Kernziel des BGA ist und bleibt es, die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen des deutschen Groß- und Außenhandels in einem sich rapide verändernden Umfeld zu sichern.

Von internationalen steuerpolitischen Entwicklungen über Fragen des europäisch-harmonisierten Umsatzsteuerrechts bis hin zu Anforderungen an den nationalen Gesetzgeber befasste sich der BGA-Ausschuss Steuern und Finanzen unter seinem neuen Vorsitzenden Dr. Dirk Jandura.

Nationale Steuerstrategie an internationale Entwicklungen anpassen

Über die Konzeption und Auswirkungen der US-Steuerpläne bestehend aus steuerlichen Entlastungen für Unternehmen verbunden mit einer Besteuerung nach dem Bestimmungslandprinzip mit steuerlichem Grenzausgleich („Border Tax Adjustment“) informierte Ralf Ellsel, Partner International Tax, Deloitte ebenso wie über die in Großbritannien angeordneten Unternehmensteuerreformierung auf. Es bestand Einvernehmen im Ausschuss, die steuerlichen Entwicklungen in den USA und Großbritannien weiter aufmerksam zu verfolgen. Allerdings herrschte auch die Auffassung vor, dass das deutsche Steuerrecht im Falle einer Konkretisierung hierauf reagieren müsse, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Binnenhandel in der Europäischen Union stärken

Die Entwicklungen auf europäischer und nationaler Ebene bei der Umsatzsteuer standen mit Blick auf deren volkswirt-

schaftliche Bedeutung im Mittelpunkt des Gesprächs mit Brigitte Neugebauer aus der Steuerabteilung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK). Sie erläuterte den Sachstand zu einer gesetzlichen Regelung der umsatzsteuerlichen Behandlung von Reihengeschäften, der Einführung des Instruments einer umsatzsteuerlichen Organschaft und den Auswirkungen von höchstrichterlicher Rechtsprechung zur Rechnungsberichtigung und zu Konsignationslagern. Vorgestellt wurden als weiterer wichtiger Schwerpunkt auch die Ansatzpunkte der EU-Kommission zum „VAT Action Plan“, der mit grundsätzlichen Änderungen u. a. der Ausweitung des Bestimmungslandprinzips, verbunden ist. Von Seiten des BGA besteht die Unterstützung für eine gemeinsame Positionierung der Spitzenverbände der deutschen gewerblichen Wirtschaft zu diesen Plänen.

Besonderer politischer Schwerpunkt der Ausschussberatung war die Einschätzung der Anforderungen an die Steuerpolitik aus Sicht der neuen Bundesländer. Vorsitzender Jandura motivierte eingangs die stellvertretende Ministerpräsidentin und Finanzministerin des Freistaates Thüringen Heike Taubert MdL die Stimme der neuen Bundesländer in der Steuerpolitik stärker zu erheben, und dies nicht nur einigen süd- und westdeutschen Bundesländern zu überlassen. Ministerin Taubert hob in ihrem Statement den erfolgrei-

chen Aufbau in den neuen Bundesländern hervor, der in Thüringen zu Haushaltsüberschüssen geführt habe. Damit würden nun wichtige Initiativen möglich. Die steuerliche Finanzausstattung der Kommunen sei jedoch nach wie vor noch schwach. Mit Blick auf das BGA-Positionspapier zu den steuerlichen Anforderungen merkte sie zur Diskussion um den Solidaritätszuschlag an, dass dieser ab 2020 dem Bund vollständig zur Verfügung stünde. Mit Blick auf die Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft diskutierte der Ausschuss auch über den konzeptionellen Ansatz eines steuerfinanzierten Grundeinkommens für sozial Schwache.

Grundsteuer für Wirtschaft vertretbar reformieren

Vor dem Hintergrund der Kostenbelastungen aus Substanzsteuern verwies Vorsitzender Jandura auf die Relevanz der Grundsteuer für die Unternehmen. Er unterstrich, dass gerade Großhandelsunternehmen auf Grund der betrieblichen Relevanz von Verwaltungsgebäuden, Lager- und Produktionshallen, Park- und Vorratsflächen ein großes Interesse an einer verlässlichen und tragfähigen Neuregelung haben, die möglichst kostenneutral bliebe. Matthias Rehme vom Thüringer Finanzministerium erläuterte die Ausgangssituation für eine anstehende Grundsteuerreform, die auf Grund von zwei Verfassungsbeschwerden und einer Vorlage durch den BFH erwartet werde.

Der Ausschuss verständigte sich drauf, die Beratungen zu steuerlichen Schwerpunkten nach der Bundestagswahl wieder aufzunehmen, um sich zu den steuerlichen Maßnahmen der künftigen Koalition zu positionieren. Neben Fragen der Unternehmensbesteuerung werden auch die Perspektiven und Auswirkungen der Digitalisierung im Steuerrecht auf der Agenda stehen.

[Michael Alber]

BGA AKTUELL

BGA zur EuGH-Entscheidung: Hängepartien bei Freihandelsabkommen schaden der EU und Deutschland

„Die Entscheidung wird die europäische Handelspolitik nicht lahmlegen, doch mit dem Urteil wird es sicherlich nicht leichter für die Europäer, die Globalisierung in ihrem Sinne

weiter mitzugestalten. Wenn die EU in der Handelspolitik handlungsfähig bleiben will, muss sie jetzt dringend die Kompetenzen in Handelsangelegenheiten klarer und eindeutiger regeln. Eine politische Farce wie wir sie bei der Ratifizierung von CETA erleben mussten, darf nicht noch einmal stattfinden.“ Dies erklärt BGA-Präsident Anton F. Börner, anlässlich des heutigen Urteils des Europäischen Gerichtshof zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und Singapur. Demzufolge benötigen einige Teile des Abkommens die Zustimmung der Mitgliedsstaaten.

„Bei all den Fragen, die durch den EuGH zu klären waren, darf nicht vergessen werden, dass der Kern von Freihandelsabkommen aus dem Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelsbarrieren besteht. Das sind Vorteile, die unseren Unternehmen unmittelbar nützen. Die Ergebnisse in diesen beiden Bereichen entscheiden letztendlich über den Erfolg oder Nichterfolg eines Handelsabkommens“, so Börner abschließend.

📄 BGA-Pressemitteilung vom 16. Mai 2017

BGA zum BIP im 1. Quartal: Das deutsche Geschäftsmodell stimmt

„Die anhaltende Konsumfreude und der seit Jahresbeginn allen Unsicherheiten zum Trotz hochtourig laufende Außenhandel haben Deutschland einen ordentlichen Wachstumsschub im ersten Quartal beschert. Das deutsche Geschäftsmodell stimmt: Die Arbeitslosigkeit ist niedrig, die Finanzen sind gesund, die Steuereinnahmen sprudeln und über den hohen Grad an Zulieferungen profitieren auch Länder wie Frankreich, Italien und Spanien von unserem Erfolg. Wenn der Staat uns arbeiten lässt, holen wir zusammen mit unseren gut ausgebildeten, engagierten Mitarbeitern Aufträge aus der ganzen Welt. Die Politik hat es in der Hand, die derzeit hohe Wettbewerbsfähigkeit zu stärken durch einen Abbau des Mittelstandsbauchs bei der Einkommensteuer und Investitionserleichterungen, weniger Bürokratie sowie durch mehr Investitionen in Bildung und Infrastruktur.“ Dies erklärt BGA-Präsident Anton F. Börner, zum Wirtschaftswachstum im ersten Quartal.

📄 BGA-Pressemitteilung vom 12. Mai 2017

BGA zur Steuerschätzung: Steuerschraube neu justieren

"Deutschland sollte die sprudelnden Steuereinnahmen stärker nutzen, um in seine Zukunft zu investieren. Dazu gehören trotz der voranschreitenden Digitalisierung vor allem eine funktionierende und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur sowie auch motivierte Mitarbeiter und Betriebe, die sich den heutigen Unsicherheiten stellen. Wenn heute immer weniger immer mehr Steuern bezahlen und daraus keine Anreize für sich mehr sehen, stimmt die Balance nicht mehr. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte steht nicht in Frage, wenn die Politik nicht nur den Staat, sondern auch die Steuerzahler an den sprudelnden Steuerquellen teilhaben lässt." Dies erklärt BGA-Präsident Anton F. Börner zu den heute vorgestellten Ergebnissen der Steuerschätzung.

"Es ist an der Zeit, die Steuerschraube so neu zu justieren, dass die Schere zwischen öffentlichen und privaten Einnahmezuwächsen nicht immer weiter auseinanderklafft. Mit Blick auf angekündigte Steuerreformen in den USA und Großbritannien sollte der Spielraum genutzt werden, um auch unser Unternehmenssteuerrecht attraktiver und einfacher zu machen. Ebenso erwartet der Mittelstand in seiner Breite zu Recht endlich ein Entlastungssignal als Anerkennung, in schwierigen Zeiten die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates für Soziales und Investitionen zu erhalten. Ein schrittweiser Abbau des Solidaritätszuschlags wäre dazu eine klare Botschaft", so Börner abschließend.

📌 BGA-Pressemitteilung vom 11. Mai 2017

Daniel Cohn-Bendit zu Gast bei der Berliner Mittwochsgesellschaft: Europa ist die letzte Utopie, für die man kämpfen sollte

Bereits zum 30. Mal luden METRO, BGA und HDE gemeinsam zur Berliner Mittwochsgesellschaft in Berlin. Gast der Jubiläumsausgabe war der französisch-deutsche Politiker und Publizist Daniel oder auch Dany Cohn-Bendit. Sein Vortrag „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit? Die Bedeutung der Frankreichwahl für Europa“ geriet zu einem flammenden Plädoyer für Europa. Nur wenige Tage nach der Stichwahl des französischen Staatspräsidenten analysierte er den Wahlausgang und dessen Gewinner Emmanuel Macron. Dabei hob er die unglaubliche Entwicklung von Macron

hervor sowie seinen einmaligen Sieg über die etablierten Parteien und zeigte sich zuversichtlich, dass dieser nunmehr auch die Parlamentswahlen gewinne.

Als überzeugter Europäer habe für Macron die Stärkung der Beziehungen zu Deutschland einen hohen Stellenwert. Gemeinsam mit Merkel wolle er die gemeinsame Achse weiter entwickeln. Cohn-Bendit zufolge sei ein starkes Europa die einzige Möglichkeit, in der globalen Welt zu bestehen, denn ein einzelner Staat habe nichts mehr zu sagen. Nur wer ein mehr an Solidarität schaffe, bekäme auch mehr ökonomischen Erfolg in Europa, warb der Publizist linker Veröffentlichungen und Unterstützer der Gründung der Partei Die Grünen, der unter anderem auch 20 Jahre lang Mitglied des Europäischen Parlaments war.

[Iris von Rottenburg]

SOZIALPOLITIK

Bundesrat billigt Entgelttransparenzgesetz

Nachdem der Deutsche Bundestag das Entgelttransparenzgesetz am 30. März verabschiedet hatte, hat der Bundesrat das Gesetz am 12. Mai 2017 gebilligt.

Das Gesetz ist ein schmerzhafter Kompromiss, bei dem die Wirtschaft jedoch gegenüber den ursprünglichen Entwürfen aus dem Frauenministerium von Manuela Schwesig erhebliche Verbesserungen erreichen konnte. Zum Kabinettsbeschluss hat es allerdings keine Änderungen mehr im parlamentarischen Verfahren gegeben.

Das Gesetz soll nach Verkündung im Bundesgesetzblatt zum 1. Juli 2017 in Kraft treten. Ab 2018 kann der Auskunftsanspruch in Betrieben mit in der Regel mehr als 200 Beschäftigten geltend gemacht werden. Die Berichtspflicht gilt in Unternehmen ab 500 Beschäftigten, die Entgeltprüfverfahren sind freiwillig. An den Ursachen für unterschiedliche Erwerbsverläufe zielt das Gesetz vorbei und schafft so unverhältnismäßigen Aufwand, insbesondere weil sich der Auskunftsanspruch auf das Bruttoentgelt und zwei weitere Entgeltbestandteile bezieht.

[Denis Henkel]

DIGITALISIERUNG

Tipps zum Schutz vor Cyberkriminalität

Cyberkriminalität kann für Unternehmen im Zeitalter der Digitalisierung mit erheblichen Risiken für die unternehmerischen Prozesse sein und damit auch massive finanzielle Kosten verursachen. Die jüngsten Cyberattacken auf Rechensysteme machen deutlich, dass sich Unternehmen verstärkt auch der Frage stellen müssen, wie sie ihre EDV-Systeme und insbesondere ihre Daten gegen unberechtigte EDV-Zugriffe schützen können.

Der BGA hat vor dem Hintergrund der steigenden Bedeutung der Digitalisierung für Unternehmensprozesse und -organisationsstrukturen mit dem Bundesverband deutscher Banken (BdB) aktuell in der Reihe focus: Unternehmen eine Information unter dem Titel „Zielscheibe Unternehmen: Cyberkriminalität“ herausgegeben. Die Information beschreibt, wie versucht wird, Daten von Unternehmen, insbesondere mit Blick auf Bankverbindungen und Zahlungsvorgängen auszuspähen. Die Publikation ergänzt dies durch Tipps, mit welchen Maßnahmen sich Unternehmen dagegen schützen können.

[Michael Alber]

① Der neue focus: Unternehmen – Zielscheibe Unternehmen – Cyberkriminalität, April 2017, kann angefordert werden

auch auf europäischer Ebene zu einer wichtigen Institution werden lässt. Insgesamt soll ein aktives Kompetenznetzwerk, über behördliche und wissenschaftliche Grenzen hinweg, entstehen und betrieben werden. Das NRZ-EIL wird beim Max-Rubner-Institut (MRI) am Standort Kulmbach eingerichtet.

Das MRI ist eine selbständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Sein oberstes Ziel ist die Sicherstellung der Qualität von Fleisch und Fleischerzeugnissen. Am Standort Kulmbach befindet sich das Institut für Qualität und Sicherheit bei Fleisch, wo anwendungsbezogene Forschung für den Tier- und Verbraucherschutz betrieben wird. Dabei wird die gesamte Prozesskette des Lebensmittels Fleisch, von der Landwirtschaft bis zum Verbraucher, berücksichtigt.

[Sebastian Werren]

Zitat der Woche

»Eine schwarz-gelbe Mehrheit heißt aber nicht, dass es eine schwarz-gelbe Regierung gibt.«

Christian Lindner, Vorsitzender der FDP, zum Wahlausgang in Nordrhein-Westfalen

AGRAR- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

Schmidt ruft Zentrum für Echtheit und Integrität der Lebensmittelkette ins Leben

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt hat beschlossen, dass ein nationales Referenzzentrum für die Echtheit und Integrität der Lebensmittelkette (NRZ-EIL) eingerichtet werden soll. Aufgabe des NRZ-EIL wird sein, die in Deutschland vorhandenen Untersuchungsmethoden und Untersuchungsergebnisse zur Echtheit und Integrität der Lebensmittelkette weiterzuentwickeln, zusammenzutragen, zu bündeln und auszuwerten. Als nationale Kontaktstelle wird das nationale Referenzzentrum eng mit dem geplanten europäischen Referenzzentrum zusammenarbeiten, was es

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg, Sarah Turan
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 24. Mai 2017
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich